

# Aus in Bochum

## Finnischer Riese in der Pflicht

### Wirtschaftsausschuss diskutiert weiteres Vorgehen der Landespolitik

*Eine deutschlandweite Welle der Solidarität hatte die Nokia-Mitarbeiter im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze begleitet. Doch alle Anstrengungen konnten den Handy-Riesen nicht von seiner Entscheidung abbringen, das nordrhein-westfälische Werk im Sommer zu schließen. Einen Tag vor der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (stellvertretender Vorsitz Dietmar Brockes, FDP) erhielt der Bochumer Betriebsrat die Nachricht vom endgültigen Aus. Wie die Landespolitik auf diese Entwicklung reagieren kann, das diskutierten die Abgeordneten zusammen mit Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU).*

Mitglieder aller vier Fraktionen äußerten im Ausschuss ihre Enttäuschung darüber, dass der finnische Konzern unbeirrt an der Schließung in Bochum festhält. Ministerin Thoben betonte, die Landesregierung habe nichts unversucht gelassen, den Standort zu retten. „Doch wir müssen nun feststellen, dass Nokia von vornherein kein anderes Ziel verfolgt hat als die komplette Schließung“, so die Ministerin. Sie sieht das Unternehmen in der Pflicht, die Verlagerung der Produktion für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst verträglich zu

gestalten: „Wir hoffen und fordern, dass Nokia sich für jeden einzelnen Beschäftigten einsetzt und so am Ende alle 2.300 Menschen eine neue Perspektive haben werden.“

Für die SPD-Fraktion rief der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas Eiskirch die Landespolitik dazu auf, den Blick nach vorne zu richten. Nun komme es darauf an, der Bochumer Belegschaft neue Chancen zu eröffnen und die Wirtschaftsförderung der gesamten Region im Auge zu behalten. Eiskirch forderte langfristige Entwicklungskonzepte, die es ermöglichen, inno-

vative Wirtschaftspotenziale an den Bochumer Standort zu binden. Er gab zu bedenken, dass auch die betroffenen Zeit- und Leiharbeiter in den zu verhandelnden Sozialplänen Berücksichtigung finden müssten. „Diese Menschen sind keine Arbeitnehmer zweiter Klasse“, so Eiskirch. Zugleich kritisierte er, dass Wirtschaftsministerin Thoben die Landtagsabgeordneten nicht ausreichend über die weitere Verhandlungsstrategie der Landesregierung mit Nokia informiere.

Die wiederum wies in diesem Zusammenhang auf die Arbeitsgruppe hin, in der die Landesregierung die weiteren Verhandlungen mit Nokia führt. Sie bezeichnete es als unklug, schon vor diesen Treffen die Verhandlungsstrategie der Landesregierung preiszugeben. Zugleich wehrte sich die Ministerin gegen die Kritik des SPD-Abgeordneten Harald Schartau. Der ehemalige Wirtschaftsminister aus der letzten rot-grünen Landesregierung warf Thoben vor, nicht rechtzeitig die „Warnsignale“ aus der Handy-

## Staatliche Zuschüsse auf dem Prüfstand

### Abgeordnete wollen Licht in das Förderdickicht bringen

*Mit Millionensubventionen hat das Land die Handyproduktion in Bochum unterstützt. Umso schmerzlicher ist Nokias Abschied für die nordrhein-westfälische Wirtschaftsförderung. Im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) fragten sich die Abgeordneten, inwieweit bereits die frühere rot-grüne Landesregierung von nicht eingehaltenen Förderauflagen wusste und ob das Land die Firma Nokia nicht schon früher zu einer Rückzahlung von Subventionen hätte auffordern müssen.*

Über 500 neue Subventionsanträge muss das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium Jahr für Jahr bearbeiten. „Wenn ich diese Förderverfahren alle kontrollieren würde, dann käme ich nicht mehr zum Regieren“, erklärte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) den Abgeordneten im Ausschuss. Sie bekräftigte, bis vor wenigen Wochen nichts von den unterschrittenen Beschäftigungszusagen im Bochumer Nokia-Werk gewusst zu haben. „Die Information über die

detaillierte Arbeitsplatzbesetzung ist dem Wirtschaftsministerium erst nach dem Stilllegungsbeschluss im Januar bekannt geworden“, so Thoben. „Seit dem Regierungswechsel ist kein einziges Papier zu Nokia auf meinem Schreibtisch gelandet.“ Statt der erforderlichen 2.860 Arbeitsplätze hatte das Unternehmen zuletzt 2.300 Stellen im Ruhrgebiet unterhalten. Dabei wären die Finnen gesetzlich verpflichtet gewesen, dem Land Nordrhein-Westfalen diese Unterschreitung unaufgefordert mitzuteilen. Ein

weiterer Grund für die Landesregierung, nun 41 Millionen Euro an geleisteten Subventionen vom Konzern zurückzufordern.

Ob Nokia allerdings tatsächlich zahlen muss und zahlen wird, das bezweifelten einige der Landtagsabgeordneten. „Der Rückzahlungsanspruch wird außerordentlich schwer durchzusetzen sein“, meinte zum Beispiel der CDU-Politiker Christian Weisbrich. Seine Skepsis begründete er mit Presseberichten der vergangenen Tage, nach denen der frühere SPD-Wirtschaftsminister Harald Schartau über die tatsächliche Anzahl an Nokia-Arbeitsplätzen informiert gewesen sei. Weisbrich äußerte die Vermutung: „Es war für die damalige rot-grüne Landesregierung im Vorfeld der Landtagswahlen 2005 einfach unbequem, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.“ Deshalb habe das Wirtschaftsministerium zu jenem Zeitpunkt keine Maßnahmen gegenüber Nokia ergriffen.

Schartau konterte, er habe zwar von der konkreten Arbeitsplatzsituation in Bochum gewusst. Die Handyproduktion in Nordrhein-Westfalen und der gesamten Bundesrepublik sei jedoch schon zum damaligen Zeitpunkt „ein höchst fragiles Geschäftsfeld“ gewesen. Zu seiner damals getroffenen „Ermessensent-

# endgültig besiegelt

...en mit dem Betriebsrat kalt. Sie lehnen jede Alternative zur  
...etzt wird um Sozialpläne und Abfindungen gerungen

KOMMENTAR

Nokia und der  
Blick nach vorn

Von Wolfgang Post

Fotos: Schälte

branche wahrgenommen zu haben. Schon die Insolvenz des Handyherstellers BenQ im Jahr 2006 hätte nach Schartau Anlass für die Landesregierung sein müssen, sich auch mit der Nokia-Produktion in Bochum auseinanderzusetzen. Thoben bezeichnete Nokia und BenQ als „völlig unterschiedliche Fälle“, da das Bochumer Werk im Gegensatz zu den Produktionsstätten von BenQ nach wie vor profitabel sei.

Eben diesen Umstand nahm der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Lutz Lienenkämper, zum Anlass, die Kritik am Verhalten des Nokia-Konzerns zu erneuern. Das Unternehmen müsse mit einem nachhaltigen Vertrauensverlust rechnen. „Nokia ist gut beraten, Kompensationen über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus zu leisten“, betonte der Christdemokrat. Wirtschaftsministerin Thoben bekräftigte die Forderungen der Landesregierung, Nokia müsse Subventionen in Höhe von 41 Millionen Euro an Nordrhein-Westfalen zurückzahlen, da der Kon-

zern nicht die vorgeschriebene Anzahl von Mitarbeitern in Bochum beschäftigt habe.

Für eine Transparenz von Industriesubventionen sprach sich der Grünen-Abgeordnete Reiner Priggen aus. Die Landesregierung müsse künftig das Parlament über Art und Höhe von Subventionen unterrichten. So sei es möglich, Unternehmen öffentlich an ihre Versprechen zu binden. „Wir können darüber reden, ob so etwas tatsächlich sinnvoll ist“, entgegnete Thoben, verwies jedoch auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dietmar Brockes, wollte abschließend von der Ministerin erfahren, wie sie die Erfolgsaussichten der Subventionsrückforderungen einschätze – auch vor dem Hintergrund, dass Vertreter der früheren Landesregierung von der zu geringen Anzahl an subventionierten Arbeitsplätzen im Bochumer Werk gewusst hätten. Thobens Antwort: „Unser Juristen prüfen die Chancen.“ SW

scheidung“ habe außerdem die Standortkrise im Bochumer Opelwerk beigetragen, das 2005 von der kompletten Schließung bedroht war. „Deswegen musste ein Höchstmaß an Sensibilität an den Tag gelegt werden“, erklärte Schartau. Wirtschaftsministerin Thoben jedoch betonte, im Ministerium seien keinerlei schriftliche Unterlagen zu dieser „Ermessensentscheidung“ aufzufinden.

„BESCHÄMEND“

Mit Blick auf die ungewisse Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer forderte Schartau Fraktionskollege Thomas Eiskirch die Politiker im Haushalts- und Finanzausschuss auf, in der aktuellen Situation keine unnötigen „Nebenkriegsschauplätze“ zu eröffnen. Die nun versuchten Schulzuweisungen seien „beschämend für die betroffenen Menschen“. Das Parlament müsse sich gemeinsam mit der Landesregierung darauf konzentrieren, Nokia in die Verantwortung zu nehmen. „Selbst wenn Nordrhein-Westfalen die Fördergelder zurück erhält, wird dies nichts ins Positive wenden“, gab der haushaltspolitische Sprecher der Grünen,

Ewald Groth, zu Protokoll. Er sprach sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, die Förderverfahren des Landes und die Subventionszahlungen für Wirtschaftsunternehmen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf den Prüfstand zu stellen. Erforderlich seien dauerhafte Kontrollmechanismen, die darüber Auskunft gäben, ob Unternehmen die Subventionsbedingungen tatsächlich eingehalten hätten. Auch der fraktionslose Abgeordnete Rüdiger Sagel forderte einen Untersuchungsausschuss zur Förderpraxis in Nordrhein-Westfalen.

Wirtschaftsministerin Thoben äußerte vor den Landtagsabgeordneten schließlich erste Überlegungen, wie es in Bochum ohne Nokia weitergehen könne. Sie wolle sich dafür einsetzen, den Forschungs- und Entwicklungszweig von Nokia in Bochum zu erhalten. Außerdem sei gemeinsam mit der Stadt Bochum zu überlegen, ob rund um das Werksgelände ein neuer Industriepark gegründet werden könne. SW